

Koexistenz der Gesellschaftsordnungen

Eine geschichtssoziologische Betrachtung zum Ost-West-Problem

Von

Julius Gumpert - Berlin

Inhaltsverzeichnis: I. Die technische Antirevolution S. 1 — II. Die Falliterklärung des Kommunistischen Manifests S. 4 — III. Die Koexistenz der Gesellschaftsordnungen S. 7 — IV. Das Deutschland- und Berlin-Problem als Probefall S. 13

I.

Die Weltpolitik der Mitte des XX. Jahrhunderts wird durch zwei Paradoxien bestimmt. Während die Welt durch die technische Revolution, wenn auch nicht allein aus diesem Grunde, in sich zusammenschrumpft, wird sie durch eine ideologische Politik gespalten. Und zwar bei schwindender Aussicht, die unumgängliche Einheit unseres Planeten auf eine der Theorie gemäße „entwicklungsgesetzliche“ Weise herbeiführen zu können. Denn das ist die zweite „antagonistische“ Tatsache, die heute noch kaum erkannt ist: daß der Kommunismus in dem weltgeschichtlichen Moment, wo er mit allen Mitteln von den stärksten Waffen Besitz ergriffen hat, die der Mensch je zur massenweisen Vernichtung seiner Art erfand, einsehen muß (indes er sich durch Anklage des „Monopol-Kapitalismus“ entlastet), daß sie zur Erreichung des Zieles der Weltrevolution untauglich sind.

Marxistisch ließe sich dieser antithetische objektive Geschichtsprozeß, der die allgemeine Krise des Kommunismus bedingt, so ausdrücken: *Die Produktionsmittel rebellieren gegen die politische Anarchie.* Im ersten und im zweiten Weltkriege war das noch nicht der Fall. Deshalb waren sie auch mit ihren Waffen noch zu gewinnen. Ein dritter Weltkrieg, und hier liegt die Zäsur, könnte mit der heutigen Maschinerie nur noch verloren werden, wobei auch der potentielle („Blitz“-)Angreifer seinem Schicksal nicht entginge. „Das Problem Krieg oder Frieden“, so stellt das von dem XXII. Parteitag der KPdSU zu beschließende neue (III.) Parteiprogramm mit Recht fest, „ist zum Problem von Leben und Tod von Hunderten Millionen

1 Schmollers Jahrbuch 81, 5

Menschen geworden.“ Es ist, so kann man ergänzend hinzufügen, das Problem der total „verbrannten Erde“.

Dadurch aber wird die „Wunderwaffe“ Rakete mit ihrer Superbombenspitze zum Reservat der „kosmischen Politik“, der psychologischen und ideologischen Kriegführung (wobei das Zeichen MEGA sinnigerweise sowohl für Sprengkraft wie für Marx-Engels-Gesamtausgabe steht). Jedoch ist die Gefahr damit noch nicht völlig gebannt. Denn nach wie vor konzentriert sich auf sie wie auf einen Alp nicht nur das Denken und die Aufmerksamkeit, sondern auch ein immenser Kapitelaufwand. Nüchtern betrachtet, erscheint er zumindest zweifelhaft, vor allem auch politisch, da das Rennen um den „Raketenvorsprung“ die realen Perspektiven zeitweilig so verschiebt, daß man glauben möchte, unser Schicksal würde auf dem Mond und nicht hienieden entschieden.

Dabei bereitet sich auf dieser Erde, und das ist die positive gesellschaftliche Seite der Entwicklung, eine epochemachende Wende vor. Was die Menschheit in Jahrtausenden vergeblich erstrebte, scheint jetzt endlich erreicht. Wir befinden uns nach geschichtlichem Ermessen offensichtlich, so paradox das in einer waffenstarrten und kämpferisch gesinnten Welt klingen mag, vor dem Tor „*Zum ewigen Frieden*“, und zwar im tatsächlichen, nicht im transzendenten Sinne.

Allerdings können wir nicht behaupten, daß dies der fortschreitenden Vernunft zu danken sei, worauf die Philosophen spekulierten, sondern es ist einfach das Resultat der zwingenden Logik der Tatsachen, gewisser „Erfindungen materieller Art“, wie Friedrich List in seinem „*Natürlichen System der Politischen Ökonomie*“ richtig erkannte. Sie würden, so folgerte er, den Friedenszustand der Städte und isolierter Rassen auf die Nationen und schließlich auf die „*Republik des Erdballs*“ ausdehnen. Andererseits verstehen wir seinen Unglauben an die Wirksamkeit rein juristischer Absprachen zwischen den Herrschern heute nur allzu gut, sind wir doch mit den ratifizierten Kriegsächtungspakten auch nicht erfolgreicher gewesen. Weniger denn ein Gegenbeweis als vielmehr aus gegebenem Anlaß sei zudem auf die kirchlich verordnete „*Treuga Dei*“, den „*Gottesfrieden*“ — den die atheistisch eingestellte Sowjetzonenregierung (auf dem 11. Plenum) zur Grundlage eines zehnjährigen Friedensangebots an Westdeutschland gemacht hat — hingewiesen, der gleichfalls nur für eine begrenzte Zeit und für ein begrenztes Gebiet Geltung beanspruchen konnte.

Nun sollte die Technik wirkliche Garantien schaffen. Und tatsächlich ist ein neuer Weltkrieg heute schon fast „undenkbar“. Wenn man fragte, welcher besonderen Errungenschaft dies zuzuschreiben sei, so sind in erster Linie die Atomwaffen und ihre „Verbesserun-

gen“ zu nennen. Die raumüberwindenden Trägerwaffen haben zwar den Vorstoß ins All ermöglicht, jedoch sind die erzielten Erfolge verhältnismäßig gering, so daß man die Weltlage treffender noch immer als „Atomzeitalter“ denn als „Weltraumzeitalter“ bezeichnet, jedenfalls vom Standpunkt der Soziologie aus.

Was diese Wissenschaft und ihre Fähigkeit zu *Prognosen* betrifft, so muß hier allerdings angemerkt werden, daß sich sowohl der politische Denker Friedrich List wie auch der Theoretiker Karl Marx mit seiner irrealen Vorstellung einer staatsfreien klassenlosen Weltwirtschaftsgesellschaft den Verlauf der Dinge, obwohl gradatim, doch zu einförmig dachten. Sie erkannten nicht — eine heute ziemlich billige Kritik, die nichtsdestoweniger diesen, der „unumstößliche Naturgesetze der menschlichen Gesellschaft“ entdeckt zu haben glaubte, ungleich schwerer treffen muß als jenen —, daß ein befriedeter Zustand der Welt erst nach Überwindung eines staatsexpansionistischen Zwischenstadiums erreicht werden kann, das wir Imperialismus nennen. Seine kapitalistische Version ist heute kaum noch anzutreffen, um so stärker macht sich die kommunistische Abart, der *Spätimperialismus* (dem auch der inzwischen beseitigte Faschismus zuzurechnen ist), bemerkbar.

Erfährt er durch seine geschlossene Ideologie eine außerordentliche Verstärkung und Verschärfung, so ergeben sich aus der Tatsache, daß der Krieg nicht mehr, wie Lenin meinte, der „allmächtige Regisseur der Revolution“ ist, erhebliche Umstellungen in der Strategie und Taktik. Militärisch führten sie dazu, daß aus dem nicht mehr praktikablen Makro-(Atom-)Krieg der völkerrechtlich noch immer als *Quantité négligeable* behandelte Mikrokrieg entwickelt wurde, der sich in den Formen des Partisanenkrieges (Guerilla) oder der vielgestaltigen Subversion abspielt, wobei der Mandatarkrieg eine Mittelstellung einnimmt.

Diese laufend vervollkommenen Methoden, die jederzeit unversehens und der eigentlichen Absicht entgegen in einen großen Krieg einmünden können, sind mit der von der Sowjetregierung auf der 15. UNO-Vollversammlung vertretenen Theorie der „allgemeinen und totalen Abrüstung“ schlechthin unvereinbar. Jedoch könnten sie als Beweise für die Richtigkeit des bekannten Satzes aus Marx' „Kritik der Politischen Ökonomie“ gelten, daß das Sein das Bewußtsein bestimmt. Auch wenn sich ebensoviel Beispiele gegen diese Sentenz erbringen lassen, so steht doch fest, daß die technische Entwicklung, um es mit den Worten Friedrich Engels' auszudrücken, die in diesem Zusammenhange wie eine Parodie auf den Marxismus wirken, „höchst revolutionäre Konsequenzen für die kommunistische Praxis“ gehabt hat.

II.

Für die *Theorie* sind sie womöglich noch größer. Danach konnte die Weltrevolution „empirisch nur als Tat der herrschenden Völker auf einmal und gleichzeitig“ eintreten, und zwar auf der Grundlage der globalen und universalen Entwicklung der Produktivkräfte, der Akkumulation des Kapitals einerseits und der Akkumulation des Elends andererseits. Auf dieser „Basis“ sollte ein geistiger „Überbau“, ein Klassenbewußtsein erreicht sein, daß die Revolution „der ungeheuren Mehrheit im Interesse der ungeheuren Mehrheit“ zu einem risikolosen „Sprung der Menschheit aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit“ werden lassen sollte.

Daß alles anders kam, ist seit langem bekannt. Nachdem sich auch die bescheidenere Überzeugnug des Epigonen Lenin, daß der erste Weltkrieg „das Heranreifen der sozialistischen Weltrevolution in ganz Europa“ bewirken werde, als vage Hoffnung erwiesen hatte, blieb nur noch „die Möglichkeit der Verwirklichung des Sozialismus in einem einzeln genommenen kapitalistischen Lande“ (Lenin: Das Militärprogramm der proletarischen Revolution, 1916).

War schon die Antiklimax, diese Abstufung, bereits für sich eine Erschütterung der Fundamente des Lehrgebäudes, so ist die — stillschweigende — Anerkennung der Untauglichkeit moderner Waffen für die Lösung politischer Fragen gleichbedeutend mit einer *Fallit-erklärung des Kommunistischen Manifestes*.

Darin heißt es unmittelbar vor der Apotheose „Proletarier aller Länder, vereint euch!“, daß die Zwecke des Kommunismus „nur erreicht werden können durch den *gewaltsamen Umsturz* aller bisherigen Gesellschaftsordnung“. In voller Übereinstimmung wurde darunter von den „sozialistischen Klassikern“ nichts anderes verstanden als die militärisch organisierte „*Levée en masse*“ mit der bewaffneten Arbeiterschaft als Avantgarde im Kampf gegen die „bourgeoise Demokratie“. Welche Bedeutung diese Haupt- und Grundform des „proletarischen Klassenkampfes“ besonders auch für Lenin hatte, geht daraus hervor, daß er sie theoretisch zu einem System ausbaute. Sein Buch „Staat und Revolution“ (1917) bildet den wichtigsten Bestandteil der „wissenschaftlichen Politik“.

Doch ist es nicht diese Wissenschaftsgläubigkeit, wie man gesagt hat, die dem Kommunismus zu seinen Erfolgen verhilft, sondern hauptsächlich nur die Gewalt. Der eindeutige Beweis ist darin zu sehen, daß sich noch kein Volk freiwillig zum Kommunismus bekannt hat, daß sich aber noch jedes von ihm befreien würde, wenn es die Möglichkeit dazu hätte. Insofern war also der Ruf der Verfasser der Charta des Kommunismus zu den Waffen, im Gegensatz etwa zu ihrer durch

jede freie Wahl aufs neue widerlegten These „Die Arbeiter haben kein Vaterland“, nicht durchaus wirklichkeitsfremd.

Heute jedoch ist das Pronunziamento mehr als hypothetisch. Es ist zu einem ersten Hindernis für die Rechtfertigung und damit auch für die Expansion des Kommunismus geworden. Besonders deshalb, weil diese offensichtlichen Irrtümer — „ein Gespenst geht um “ — in die starre Form unabänderlicher „*historischer Gesetze*“ gegossen wurden.

Alle Geschichte, so steht es im ersten Satz des Kommunistischen Manifestes, ist Klassenkampf. Auf der untersten Ebene kämpft der Arbeiter gegen den Unternehmer. Dieser kämpft gegen seinen Konkurrenten. Beide organisieren sich im Staat und bekämpfen durch ihn die anderen Staaten. Da diese „ideellen Gesamtkapitalisten“ sehr unterschiedliche Kräfte einzusetzen haben, ergibt sich daraus das Leninsche „Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung der kapitalistischen Länder“. Es ist gleichbedeutend mit dem blindlings wirkenden, an die Existenz des Kapitalismus geknüpften „*Gesetz der Unvermeidbarkeit des Krieges*“, das angeblich nur die kommunistische Weltherrschaft beseitigen kann, wodurch die Menschen „zugleich Herren der Natur, Herren ihrer selbst“ würden.

Wie würde sich Lenin wohl heute zu diesen Fragen stellen angesichts der Integration der freien Welt, die den Krieg in ihrem Bereich materiell unmöglich und unvorstellbar macht? Und was würde er zu der Entwicklungshilfe sagen, durch die die kapitalistischen Staaten die industrielle Konkurrenz der jungen Nationen nicht nur nicht niederkämpfen, wie es seiner Theorie entspräche, sondern sie geradezu großziehen? Hier klafft eine solche Lücke zwischen Theorie und Praxis, daß eine Korrektur unvermeidlich wurde.

Dieser Aufgabe unterzogen sich der XX. und der XXI. Parteitag der KPdSU. Nach ihrem Urteil bleiben die Leitsätze Lenins über den Imperialismus der Leitstern der kommunistischen Politik. Aus Gründen der Aufrechterhaltung der Autorität unterließ man auch eine offizielle Aufhebung seines Gesetzes vom Kriege. Lediglich die Anwendbarkeit dieses Gesetzes, „das seinerzeit völlig richtig war“, ist nicht mehr mechanisch zu vollziehen. Dies entspräche der veränderten Lage, die durch das Entstehen des „sozialistischen Lagers mit seiner Friedenspolitik“ sowie durch die Auflösung der Kolonialreiche und das wachsende Klassenbewußtsein der Arbeiter der kapitalistischen Länder herbeigeführt worden sei.

Wenn die Kommunisten, um noch einmal das Manifest zu zitieren, es tatsächlich „verschmähen, ihre Ansichten zu verheimlichen“, so läßt das jedenfalls dieser Spruch nicht erkennen. Denn er klärt nichts. Im Gegenteil bleibt alles, wie es scheint absichtlich, in einem kennzeichnenden Halbdunkel. Theoretisch stellt sich die Frage, was die

„historischen Gesetze des Marxismus-Leninismus“ überhaupt bedeuten können, wenn sie laufend „weiterentwickelt“, d. h. geändert werden müssen. Und praktisch wiegen die Bedenken noch schwerer, wird doch die Leninsche Differenzierung nach „ungerechten reaktionären“ und „gerechten fortschrittlichen Kriegen zur Befreiung des Volkes von der Sklaverei des Kapitalismus“ offiziell weiterhin anerkannt (neue umgeschriebene „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“, Moskau 1959, deutsch Berlin-Ost 1960, S. 242 ff.).

In diesen Formeln wird die eigentliche Absicht ungewollt klar erkennbar. Indem die herkömmliche Unterscheidung zwischen völkerrechtlich erlaubten Verteidigungskriegen und verbotenen Angriffskriegen vollkommen verwischt und der Begriff der Nichteinmischung ausgehöhlt bzw. mit sinnwidrigen Inhalten ausgefüllt wird, sind der direkten und indirekten *Intervention* keine moralischen Grenzen mehr gezogen. Der Weg des „proletarischen Internationalismus und Solidarismus“, der in der Verpflichtung zur „Kriegsgewalt gegen die Ausbeuterklasse und ihre Staaten“ gipfelt (Lenin: Über die Vereinigten Staaten von Europa, 1915), ist damit frei. Bedurfte es für diese offiziell bestrittene Taktik eines Beweises, so müßte das Selbstbekenntnis der Sowetregierung genügen. Denn während sie (in Übereinstimmung mit dem Faschismus) erklärt, daß die Revolution „kein Exportartikel“ sei, weist sie mit Nachdruck darauf hin (neue „Geschichte“, S. 8 und S. 246), daß der Kommunismus von ihr, „getreu dem Prinzip“, über Europa und Asien ausgebreitet worden ist.

Wenn der sowjetische Staatschef, gestützt auf Starterfolge in Afrika und Amerika, darüber hinaus verkündet, daß sich die Eschatologie, der Wertsowjetstaat als „höherer Typ der Demokratie“, noch in unseren Tagen erfüllen werde, so ist schwer zu sagen, inwieweit das in das Ohr der Welt oder nur pro domo gesprochen ist. Wir möchten meinen, daß diese Rede mehr eine Ermutigung der eigenen Phalanx als die Entmutigung des Gegners bezweckt. Denn zweifellos hat der revolutionäre Elan, verglichen besonders mit der ersten „Diktatur des Proletariats“, der Pariser Kommune von 1871, die Marx zu unzähligen Elogen begeisterte, stark nachgelassen. Das liegt hauptsächlich daran, daß dem Kommunismus der direkte Weg zur Weltherrschaft durch die Waffentechnik versperrt worden ist. Ebendiese Befürchtung war schon von Friedrich Engels, beeinflußt vielleicht von dem Geist des „Fin de siècle“, jedenfalls gegen den entschiedenen Widerspruch des radikalen Flügels der Partei, gegen das Revoluzzerum, geäußert worden.

Tatsächlich vermochten zwar Lenin und Stalin noch einmal den praktischen Gegenbeweis für das Gelingen eines Umsturzes gegen Militärmächte zu erbringen. Indes war nicht zu übersehen, daß sie

ihre Erfolge außerordentlichen Umständen verdankten, die sich in modernen kapitalistischen Großstaaten schwerlich wiederholen lassen. Und so ist der Kommunismus heute und in Zukunft darauf angewiesen, die Machtübernahme sozusagen über die Hintertreppe der Weltpolitik, durch Busch und Dschungel zu versuchen. Eine Methode, die manchem als zu umständlich, vielleicht sogar als aussichtslos erscheinen mag (was gewisse Gegensätze zwischen der ältesten und der jüngsten kommunistischen Großmacht, zwischen der Sowjetunion und dem irredentistischen „Volkschina“, erklärlich machen könnte).

III.

Offiziell kommt diese Tatsachenverkettung in dem lapidaren Satz Stalins zum Ausdruck: „Die Wege der Weltrevolution haben sich verlängert“. Dafür brachten sie einen neuen Begriff mit sich, der Marx von seiner Grundkonzeption aus, die wir bereits skizzierten, unverständlich gewesen wäre: „*Koexistenz der Gesellschaftssysteme*“. Ließen wir uns allein durch die Grammatik belehren, die dieses Wort als ein gleichzeitiges Vorhandensein mehrerer Dinge übersetzt, so wäre das ein schwerwiegender politischer Irrtum. Denn nach der maßgeblichen Interpretation Lenins ist die „Koexistenz“ mit einer Diktatur „ein zäher Kampf, ein blutiger und unblutiger, gewaltsamer und friedlicher, militärischer und wirtschaftlicher Kampf gegen die Mächte und Traditionen der alten Gesellschaft“ (Näheres in meiner „Politischen Strategie und Taktik“, Berlin 1959, Verlag Haupt & Puttkammer). Zieht man in Betracht, daß ihm ein anderer Begriff, der „Atomtod“, noch unbekannt war, so ist es die gleiche Definition, die die Sowjetregierung (laut TASS, 14. Oktober 1959) noch heute verwendet: „Koexistenz ist Fortsetzung des Kampfes der beiden sozialen Systeme... Wir sind der Ansicht, daß dies ein wirtschaftlicher, politischer und ideologischer Kampf, aber kein militärischer Kampf ist.“

Diese Aufzählung erscheint uns nicht zufällig. Offenbar sind die einzelnen Faktoren ihrer tatsächlichen Bedeutung entsprechend genannt. Wirtschaft und Politik, für den Kommunismus eine Einheit, halten die Spitze. Das Militärische steht am Schluß und wird, im Gegensatz zu Lenin, ausgeklammert, was nach unseren Ausführungen nicht ganz der Wirklichkeit entspricht.

Völlig geklärt hingegen erscheint die Frage der *ideologischen Koexistenz*; denn sie wird ausdrücklich und eindeutig abgelehnt. „Wenn Zugeständnisse in den Prinzipien, in den Fragen der Ideologie gemacht werden“, derart erläuterte der sowjetische Regierungschef seinen Koexistenzbegriff vor dem Obersten Sowjet, „so bedeutet das ein Hinabgleiten auf die Position unserer Gegner. Das käme einer

qualitativen Veränderung der Politik gleich . . .“ D. h., daß der Kommunismus nicht gewillt ist, sich mit der von ihm so genannten „bürgerlichen Ideologie und Wissenschaft“ sachlich auseinanderzusetzen, vielmehr soll das auch weiterhin ausgesprochen „parteilich“, d. h. dem sakrosankten Programm der Partei entsprechend geschehen. In der Staatspraxis führt das dazu, daß er sich gegen alle ideellen Einflüsse von außen, soweit sie seine Politik und Weltanschauung berühren, hermetisch abschließt, während er mit seinen Angriffen, mit seiner Infiltration bei uns fast immer durchkommt.

Ein Problem, vor das neuerdings auch die (west-) deutsche Wissenschaft und insbesondere die *Soziologie* gestellt ist. Da diese Vorgänge für das gegenwärtige Stadium der Ost-West-Beziehungen symptomatisch sind, sei hier eine ganz persönliche Bemerkung erlaubt. An und für sich können uns, um ein anderes oft mißdeutetes Wort zu gebrauchen, „Kontakte“ mit Wissenschaftlern aus dem Osten nur erwünscht sein. Jedoch darf dabei die Frage der Geistesfreiheit nicht vollkommen übergangen werden. Denn Kontakte mit dem Auslande kann unter dem Kommunismus nur herstellen, wer als politisch zuverlässig und brauchbar gilt (was nicht gleichbedeutend mit Parteizugehörigkeit sein muß, die vielleicht nicht einmal die Regel bildet).

Daher wird auch die Wissenschaft für einen Gedankenaustausch gewisse Bedingungen zu stellen haben. Das erste ist die Gewährleistung des Prinzips des „Do ut des“. Ferner muß es um Kernfragen gehen. Niemals sollte des „Klimas“ wegen auf Nebensächlichkeiten ausgewichen werden, in denen eine eventuelle Übereinstimmung wertlos wäre. Auch sind unter den heutigen Umständen gewisse „Dinge an sich“, wie „die Abrüstung“ und „der sozialistische Kreislauf“ als Abstrakta, nicht erörterenswert (vgl. „Einheit, Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus“, Berlin-Ost 1961, Heft 6). Was die Theorie im allgemeinen angeht, so verfügen wir selbst über alles notwendige Material, das authentisch auszulegen niemand befugt wäre, der mit der Wissenschaft (des Westens) in Berührung kommt. Deshalb sind für uns nur Konkreta von Interesse, d. h. die politischen Tatsachen. Wie aber sollte man hierüber zu einem Einvernehmen gelangen, wenn eine persönliche und wissenschaftliche Wertung, wenn die „ideologische Koexistenz“ verboten wird?

Diese Charakteristik der geistigen Situation gilt bis zu einem bestimmten Grade auch für die Auseinandersetzung auf dem Gebiete der *Wirtschaft*. Kennzeichnend ist hier besonders, daß der Ostblock in gewohnter Eintracht des Handelns seit dem XXI. Parteitage der KPdSU, „um Zugeständnisse zu machen und Worte zu gebrauchen, an die sich das Ohr unserer Opponenten gewöhnt hat“, nicht mehr von Kampf, sondern vorzugsweise von „Wettbewerb“ und „Konkurrenz“ spricht.

Während sich die Welt vor die schreckhafte Scheinalternative „friedliche Koexistenz oder blutiger Krieg“ gestellt sieht, wird unverhohlen über die Tatsache hinweggegangen, daß der Kommunismus selbst konsequent einen „dritten Weg“, den des „Kalten Krieges“ verfolgt. An seiner Grundhaltung ändert das nur wenig oder nichts. Denn der sogenannte Kalte Krieg, so könnten wir etwas überspitzt auf Grund unserer bisherigen Darlegungen formulieren, ist nichts anderes als der „Heiße Krieg“ des kalten Atomzeitalters. Das Ziel dieses, marxistisch ausgedrückt, „mit potenziierter Wut aus der Natur in die Gesellschaft übertragenen Kampfes ums Dasein“ ist das alte, nämlich dem Gegner den eigenen Willen und die eigenen Anschauungen aufzuzwingen, d. h., ihn in seinem Wesen zu vernichten. Die Wunden mögen weniger blutig sein, geringer sind sie darum nicht.

Diese Tatbestände läßt heute ein „falsches Bewußtsein“ auf unserer Seite nicht voll in Erscheinung treten. Es ist nicht zum wenigsten in dem „geistigen Überbau“ begründet, der durch den vom Osten angeregten „Kulturaustausch“ geschaffen worden ist. Solche Kontakte, das sei abschließend zu der bereits behandelten Frage noch gesagt, sind — wenn man es nicht vorzieht, reinen Tisch zu machen — selbst bei einer irrealen oder nur bedingten „Koexistenz“ unbedenklich, solange wir uns der ganzen Realität bewußt bleiben. Dazu gehört, daß wir auch unsere Kräfte richtig einzuschätzen und zu nutzen verstehen.

In bezug auf das mit großer Wahrscheinlichkeit ausschlaggebende Verhältnis von *Wirtschaft und Politik* ist das heute bestimmt nicht der Fall. Wenn uns die Statistiker sagen, daß die *Autarkie* des Ostblocks im Schnitt 80 bis 85 vH beträgt, so liegt der Schluß nahe, und er wird oft genug gezogen, daß der Rest ohne Bedeutung sei. Im Unterbewußtsein mag dabei, ganz im Sinne der Propaganda, der Gedanke mitspielen, daß einer Wirtschaft, die den ersten „Sputnik“ auf die Erdbahn brachte, nichts mangeln könne. Wer die tatsächlichen Verhältnisse kennt, weiß, daß annähernd das Gegenteil der Fall ist. Ob hier eine Änderung eintreten kann, hängt hauptsächlich, neben notwendigen Korrekturen des Systems, von den 15 bis 20 vH Auslandsversorgung ab, die gleichbedeutend mit der Modernisierung und Rationalisierung der Wirtschaft ist. Daher auch der mit allen Mitteln unter Anrufung der „sozialistischen Moral“ versuchte „Anschluß an das [kapitalistische] Weltmarktniveau“.

Es ist also ein Irrtum anzunehmen, daß nur der Kapitalismus unter Export Drive und Inflationsdruck stünde. Auf der Gegenseite machen sie sich unter der Last einer für die Welteroberung geschaffenen Rüstung gewiß noch stärker bemerkbar (die zahlreichen „Rubelaufwertungen“ lassen es deutlich genug werden). Dazu kommt das unter-

schiedliche spezifische Gewicht des Ost-West-Handels. Während er sich in den kapitalistischen Ländern in der Größenordnung von 1 bis 5 vH der Bilanzsummen bewegt, also praktisch ohne Belang ist, bedeutet er für die rückständigen Sowjetstaaten noch immer die Sicherung der nackten Existenz, Getreide für China und Polen u. a.

Besonders diese Tatsache wirft ein grelles Licht auf die wirkliche Stellung des kommunistischen „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ („RGW“ oder auch „Comecon“ genannt), dem China assoziiert ist. Jedenfalls vermag er auch für die fortgeschrittenen Sowjetstaaten, zu denen die Sowjetzone als zweitstärkstes Industrieland des Blocks gehört, den Handel mit der freien Welt längst nicht zu ersetzen. Im Gegenteil ist er für die Anhebung des Lebensstandards unentbehrlich, der dem Prestige ebenso zugute kommt wie der Stabilität des Systems. Dies vor allem meint die Regierung der „DDR“, wenn sie davon spricht, daß der Zonenhandel als „letztes nationales Bindeglied“ unbedingt aufrecht erhalten werden müsse.

Es versteht sich, daß damit nicht eine Herabwürdigung der Leistungen der Zonenbevölkerung ausgesprochen ist, vielmehr sei ausdrücklich anerkannt, daß sie den unseren nicht nachstehen. Besonders wenn man berücksichtigt, daß sie einen „wesentlich ungünstigeren Start“ hatte, wie die Sowjetzonenregierung unentwegt betont. Pflicht der Wissenschaft und Pflicht aller ist es jedoch, das auszusprechen, was sie verschweigt, nämlich daß die Ungleichheit des Beginns darin wurzelt, daß die Sowjetunion den abgetrennten Teil Deutschlands mit untragbaren Reparationen belastete (die erst der Volksaufstand von 1953 beseitigte), während uns die Westmächte mit Krediten und Lieferungen aller Art wiederaufhalfen. Ebensosicher ist etwas anderes, nämlich daß die Leistungen in der Sowjetzone, das ergibt sich ohne weiteres aus einem statistischen Vergleich des „sozialistischen Lagers“, nicht durch das System, sondern trotz dem System vollbracht worden sind.

Was diese Frage politisch bedeuten kann, ließ das Experiment der *Kündigung des Zonenhandels* erkennen. Rein formell ist zunächst darauf hinzuweisen, daß die bei uns noch übliche Bezeichnung „Interzonenhandel“ wie auch der von der Zonenregierung bevorzugte (aus der kommunistischen Zwei-Staaten-Theorie abgeleitete) Ausdruck „Innerdeutscher Handel“ nicht mehr der politischen Wirklichkeit entsprechen. Das ändert nichts daran, daß diese Aktion infolge der soeben geschilderten Abhängigkeitsverhältnisse ein unbestreitbarer Erfolg war. Sie stärkte unsere Rechtsposition, was besonders im Hinblick auf Berlin, wie wir noch näher ausführen wollen, von Bedeutung werden kann. Sie ermöglichte auch die Aufhebung der Wasserzölle für den Berlinverkehr, die sonst nicht so leicht zu erreichen gewesen

wäre. Eine entsprechende Regelung für die extorquierten Straßenzölle, die sogenannten Autobahnggebühren, wurde allerdings unterlassen. Sie sollte im gleichen Verfahren baldigst nachgeholt werden.

Anstoß zu diesem Vorgehen von unserer Seite waren, wie erinnerlich, die widerrechtliche Sperrung des Sowjetsektors für Bürger der Bundesrepublik durch das zonale Innenministerium und die daraus entstehende Bedrohung des Verkehrs. Die Repression (sie war in „Strategie und Taktik“ von mir grundsätzlich gerechtfertigt und vorgeschlagen worden) stieß von Anfang an auf Kritik und nachhaltigen Widerstand, nicht nur von interessierter Seite. Soweit Begründungen dafür bekannt geworden sind, vermögen sie nicht zu überzeugen.

Was den Einwand der Verschärfung des „Kalten Krieges“ betrifft, so bedarf er keiner Entgegnung, weil, wie gesagt, nicht wir dafür verantwortlich sind. Auch das Bedenken, daß infolge unseres Vorgehens der Reiseverkehr weiter gedrosselt werden könnte, ist kaum durchschlagend, da die persönlichen Kontakte, wiederum nicht durch unser Verschulden, bereits einen Tiefstand erreicht haben, den auch eine autoritäre Regierung auf die Dauer schwerlich unterbieten kann. Zu beachten bleibt allein die Befürchtung, daß das Volk der Sowjetzone unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen werden könnte. Indes ist das keineswegs sicher. Da auch die Ausbeutung der Arbeitskraft Grenzen hat, wäre es durchaus denkbar, daß notwendig werdende Einsparungen auf Kosten der Hochrüstung der „DDR“ gingen, was das Volk nur begrüßen würde.

Im übrigen ist es, wie man weiß, gar nicht so sehr die wirtschaftliche Misere, die die Menschen niederwirft. Es ist vielmehr der Freiheitsentzug, der sie so verzweifelt macht. Und nichts könnte — diese Warnung scheint angesichts gewisser psychologischer Fehleinschätzungen der Lage angebracht — eine gefährlichere Stimmung erzeugen als das Gefühl des Verlassenseins infolge diplomatischer Erschöpfungserscheinungen der freien Welt.

Um so mehr drängt sich die Frage auf: Sind die Erfahrungen, die wir gemacht haben, auf den Ost-West-Handel allgemein anwendbar? Das ist im gegenwärtigen Stadium das Wichtigste. Denn während die militärischen Kräfte durch das „Gleichgewicht des Schreckens“ gebannt werden und wir uns in der psychologischen Kriegsführung, so macht es den Eindruck, noch im Hintertreffen befinden, ist die *wirtschaftliche Überlegenheit des Westens* eindeutig und unbestreitbar. Vor allem heute, wo die Mängel der kommunistischen Wirtschaft wieder einmal offen zutage treten (im nämlichen Zeitpunkt, da sich „die ökonomische Hauptaufgabe der DDR, die Bundesrepublik einzuholen und zu überholen“ erfüllen sollte).

Hier besteht eine wirkliche und wahrscheinlich sogar die einzige Möglichkeit, das *Gesetz des Handelns* zurückzugewinnen und aus der Defensive herauszukommen, in der noch nie ein Kampf gewonnen worden ist. Erkennen wir erst einmal die Notwendigkeit zu diesem entscheidenden Stellungswechsel, dann wird seine Verwirklichung keine Schwierigkeiten bereiten. Bedarf es doch dazu keineswegs der Preisgabe bewährter Prinzipien. Erforderlich ist lediglich ein größeres Maß von Kooperation, wie es supranational schon lange praktiziert wird.

Auch für die Entwicklungshilfe schon fast zur Selbstverständlichkeit geworden („DAG“, „OECD“), glaubt man sonderbarerweise im Direktverkehr mit dem Sowjetimperium noch immer auf ein Zusammenwirken verzichten zu können. Obwohl gerade hier unter der Losung „Abbau des Kalten Krieges“ eine Vernichtungskonkurrenz geschaffen wird, wie sie im Buche steht, nämlich im Kommunistischen Manifest. Während des Hochimperialismus hieß es: „Trade follows the flag.“ Heute gehen *Handel und Flagge* zum gleichen Ziele Hand in Hand, jedenfalls beim Kommunismus (wobei der Tausch von Monokulturwaren gegen schwere Waffen nur die vordergründige Seite des Problems darstellt).

Um diesen Methoden des *politischen* (Wirtschafts-)Krieges zu begegnen, sollten die zuständigen Ostausschüsse der NATO („Cocom“ und „Chicom“) nicht eingeschränkt, wie die augenblickliche Tendenz ist, sondern ausgebaut und entsprechend eingesetzt werden. Auf Grund der erfahrungsmäßigen Einsicht: daß einem System, das die Politische Ökonomie zu ihrer ahistorisch extremsten Form entwickelt hat, nicht mit einer Privatökonomie und „Nationalökonomie“ der Rang abgelaufen werden kann, bei der alle gegen alle stehen. *Eine solche Einstellung kommt im Atomzeitalter einem Verzicht auf Politik gleich.* Verzicht auf Politik aber schützt nicht vor ihren Folgen. Am wenigsten, so muß diesem klugen Ausspruch eines Kulturphilosophen hinzugefügt werden, wenn der Gegner einen totalen Herrschaftsanspruch geltend macht.

Kapitalismus und Kommunismus existieren gleichzeitig. Also sind sie auf Koexistenz angewiesen. Jedoch darf sie nicht unter den von dem sowjetischen Ministerpräsidenten auf seiner ersten internationalen Pressekonferenz erneut in den Vordergrund gerückten Gesichtspunkt „Wer — wen?“ gestellt werden, der nach Lenin einen „verzweifelten Kampf auf Leben und Tod“ bedeutet. Nur wenn die Koexistenz nicht perniziös, sondern aufrichtig, im Sinne der Beschlüsse der 12. und 13. UNO-Vollversammlung betrieben wird, kann es durch Ausschaltung überlebter Theorien zu einer echten Entspannung und

zur Überwindung des gegenwärtigen Zustandes eines Scheinfriedens kommen.

IV.

Korrekturen politischer Ansichten und Programme pflegen dadurch zu geschehen, daß, von rühmlichen Ausnahmen abgesehen, über sie hinweg zur Tagesordnung geschritten wird. Daß eine geistige Wandlung vor sich ging, ist dann nur aus konkludenten Handlungen ersichtlich, wie sie der Jurist nennt.

Ein solcher hochaktueller Probefall ist das *Deutschland- und Berlinproblem*, dessen thematische Einbeziehung in einer soziologischen Zeitschrift wie „Schmollers Jahrbuch“ keiner besonderen Begründung bedarf. Diese Frage steht heute, darüber jedenfalls gibt es keine Meinungsverschiedenheiten, im Mittelpunkt der Weltpolitik. Kein Wunder auch, da die Grenzen der „zwei Welten“ durch dieses stark industrialisierte und dichtbevölkerte Land schneiden. Sie sind, von unserem eignen Schuldanteil abgesehen, hauptsächlich das Ergebnis der Politik des Kommunismus (vgl. „Strategie und Taktik“).

An einem weiteren Vordringen gehindert, erklärt er nun, nach einer gewissen Stabilisierung seiner Macht in der Sowjetzone, daß sie einen neuen selbständigen Staat bilde. Geschichtlich gesehen, ist jetzt das Entwicklungsstadium der „*Doppelherrschaft*“ erreicht, das sich nach der Februarrevolution in Rußland zwischen der legalen Regierung und den illegalen „Sowjets“ herausgebildet hatte. Ein Zustand, der nach Lenin (Aprilthesen, 1917, vgl. alte „Geschichte der KPdSU (B)“, Berlin-Ost 1946, S. 219 ff.) niemals lange bestehen kann. Er muß „unweigerlich entweder mit der Diktatur der Bourgeoisie [d. h. der Demokratie] oder mit der Diktatur des Proletariats enden“. Das ist seine Lehre vom „Hinüberwachsen in die kommunistische Revolution“.

In unsere Gegenwart übertragen, versteht sich dieses „Hinüberwachsen“ sowohl substantiell als auch räumlich. Es bedeutet die Übertragung der „sozialistischen“ Gesellschaftsordnung der Sowjetzone auf Westdeutschland, wobei dem amtlichen Dementi mehr psychologische Bedeutung zukommt. Das Nahziel, das durch das Endziel eindeutig bestimmt wird, ist die Errichtung einer einheitlichen kommunistischen Herrschaft in ganz Deutschland. Da Deutschland jedoch, im Gegensatz zu dem zaristischen Rußland, keine staatliche Einheit mehr darstellt, machen die „komplizierten Kampfbedingungen“ Umwege nötig. Während sich Lenin auf Grund der damaligen Verhältnisse noch strikt gegen jedes Paktieren und für einen direkten Angriff entscheiden konnte, müssen heute Verhandlungen zwischen „zwei deutschen Regierungen“ mit dem Zwischenstadium einer „*Konföderation*“

eingepplant werden, wobei diesmal der kommunistischen Regierung ironischerweise die Rolle des „Vaterlandsverteidigers“ zugesprochen wird.

Im Gegensatz zu dieser nationalen Frage bereitet die Weltpolitik der Fortführung der alten Taktik theoretisch keine besonderen Schwierigkeiten. Wie ehemals die rechtmäßige russische Regierung durch die „Sowjets“ von den Verbündeten isoliert wurde, so soll jetzt das Gleiche für Deutschland bei Anerkennung des geschaffenen *Fait accompli* als Grundlage einer neuen sogenannten Realpolitik auf dem Wege der *Neutralisierung* erreicht werden.

Wenn dabei auf die „österreichische Lösung“ als Vorbild verwiesen wird, so ist dieser Vergleich in mehrfacher Hinsicht unzutreffend. Erstens ist es ein Unterschied, ob am Eisernen Vorhang ein Siebenmillionenvolk oder ein Siebzigmillionenvolk neutralisiert wird. Und zweitens — das ist das Entscheidende — ist die Neutralität selbst ein Unterschied. Österreich hat (aus Gründen, die hier nicht zur Erörterung stehen) eine wirkliche Neutralität erlangt. In unserem Lande hingegen, wo ein Teil, die Sowjetzone, „unabdingbarer Bestandteil des Weltsozialismus“ bliebe (vergleiche als einen beliebigen Beleg für viele die Moskauer Erklärung der 81 kommunistischen Parteien vom November 1960), würde ein „Disengagement“ praktisch auf eine Neutralisierung Westdeutschlands hinauslaufen. Es bedarf keiner tiefen Einsicht, um zu erkennen, daß unter solchen Umständen, die unser Anschluß an eine „atomwaffenfreie Zone“ begründete und an denen auch eine offizielle Kündigung des Warschauer Militärpaktes für die Sowjetzone nichts änderte, jedweder „*Status Gesamtdeutschlands*“ eine gefährliche Farce wäre.

Ideologisch-theoretisch spiegeln sich diese realen Verhältnisse in der Auffassung wider, daß es keine „Koexistenz“ zwischen den „beiden Deutschland“ gibt. Folgerichtig hat deshalb auch die Sowjetregierung den *Begriff Wiedervereinigung* — er ist auch bei uns nicht ganz unbestritten — stets abgelehnt und statt seiner ausschließlich das Wort „Vereinigung“ verwendet (während die Sowjetzonenregierung des nationalen Gesichts wegen bei unserer Sprachregelung bleibt). Damit soll offenbar zweierlei deutlich gemacht werden: einmal die Beschränkung des Problems auf die gegenwärtigen „Staatsgrenzen“ (und nicht auf die von Ende 1937) und zum andern, daß nicht das alte, sondern ein „neues Deutschland“, ein „antifaschistisch-demokratisches“, angestrebt wird. Da wir im Gegensatz hierzu die Wiedervereinigung in Freiheit und Recht wollen, sollten wir in Übereinstimmung mit unseren westlichen Verbündeten stets nur diesen Begriff gebrauchen, der auch mit der Geschichte in Einklang steht, weil das ehemals und geistig auch heute noch ein Deutschland, durch zwei gleichrangige Ideologien geteilt, wieder-vereinigt werden muß.

Vereinigt werden jedoch nicht „zwei deutsche Staaten“. Denn es gibt nur einen deutschen Staat, unabhängig von der in dieser Beziehung nicht erheblichen Frage der Legitimität, und das ist die Bundesrepublik Deutschland. Der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik fehlt, damit sie Staat würde, zu dem vorhandenen Raum und dem beherrschten Volk das dritte wesenhafte Element, die unabhängige Macht, die Souveränität. Wenn dagegen, nicht nur von drüben, eingewendet wird, daß auch der westliche Teil Deutschlands einem Block angeschlossen und sogar offiziell einer ausländischen Befehlsgewalt unterstellt sei, so ist darauf hinzuweisen, daß diese Eingliederung in eine übernationale Verteidigungsgemeinschaft auf dem jederzeit abänderlichen Entschluß des Volkssouveräns beruht. Hingegen ist der andere Teil Deutschlands zwangsweise gegen den Volkswillen und „unabänderlich“, wie stets betont wird, dem sowjetischen Machtbereich einverleibt worden.

Bedenkt man, daß die Sowjetunion, von der beschworenen ideologischen Basis gar nicht zu reden, die Suzeränität über die „DDR“ nicht nur in außenpolitischer, sondern auch in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht hat („das nationale Oberkommando der Nationalen Volksarmee“ ist eine reine Fiktion), so kann sie nicht einmal als halbsouveräner Staat gelten. Sie ist ein Pseudostaat, ein *Scheinstaat*.

Diese staatstheoretische Beurteilung des Problems findet ihre Verifikation in einem lehrreichen geschichtlichen Beispiel, auf das uns der sowjetische Parteichef in Leipzig, anläßlich einer „gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz“ hingewiesen hat: das Schicksal der Ukraine mit ihrer von 1917 bis 1919 bestehenden staatsautonomen Rada. Das war eine antikommunistische Regierung, die sich unter dem Schutz der deutschen Besatzungsmacht bildete. Auch wenn ihre Abhängigkeit nicht so deutlich in Erscheinung trat wie bei der heutigen „DDR“, so bildete sie doch ungefähr ein Gegenstück. Aber die Sowjetregierung in Moskau dachte damals nicht daran, *zwei russische Staaten* anzuerkennen — obwohl dieser Zustand dem Willen der Mehrheit des ukrainischen Volkes nach nationaler Selbständigkeit entsprach, also legitim war, und obwohl die kommunistische Partei jedem Lande den „freien Austritt“ aus dem Gesamtstaate durch Dekret zugesichert hatte. Ganz im Gegensatz hierzu stellte sie sich hinterdrein auf den Standpunkt, daß die Existenz einer separaten Regierung erwiesener „Vaterlandsverrat“ sei (alte „Geschichte“ S. 260 ff.). Und mit dieser Begründung erfolgte dann auch ihre „Liquidierung“, die den „Anschluß“ an die Union der Sowjetrepubliken zur Folge hatte.

Hier mündet die historische Parallele unmittelbar in die Gegenwart ein. Sie ist eine apodiktische Lehre für die ganze Welt und besonders

für die jungen Nationen, deren soeben erworbene Freiheit schon morgen wieder bedroht sein kann durch das gleiche politische Prinzip des „Teile und herrsche“. Die Folgerungen, die daraus gezogen werden müssen, liegen auf der Hand. Deshalb sei nur noch einmal der Grundtatbestand unterstrichen, der mit der Bezeichnung „Sowjetische Besatzungszone“ (SBZ) nicht vollkommen wiedergegeben wird, weil sie die Imagination erlaubt, als bestünde das Reich der Deutschen noch irgendwo außerhalb der Vorstellung, als lebten wir alle zusammen noch unter einem, wenn auch brüchigen, so doch gesamtdeutschen Dach. Die Realität, der wir ins Auge blicken müssen, sieht anders aus. Ihr wahrer Name heißt Sowjetzone.

Auch daraus ergibt sich, daß wir es in der Wiedervereinigungsfrage mit der Sowjetregierung und nicht mit der Sowjetzonenregierung zu tun haben. Andererseits sind beide eins. Und wir sollten nicht in den alten Fehler verfallen, Gegensätze zu konstruieren, die sich durch die Identität des politischen Systems wie auch durch den Charakter der handelnden Personen und die Art des Kommissoriums von selbst verbieten. Ist es doch gerade diese imperialistische Verklammerung, die das Deutschlandproblem heute „unlösbar“ macht.

Da hier die herkömmlichen Methoden der Diplomatie versagen, werden wir zu einer kombinierten Taktik kommen müssen, die Geschmeidigkeit mit Entschlossenheit und Nachdruck verbindet. Dennoch wird sich nicht verhindern lassen, daß geschlossene „Pakete“, wie sie von den Westmächten auf der letzten Genfer Außenministerkonferenz auf den Tisch gelegt worden sind, vom Osten abermals aufgeschnürt werden. Praktisch besagt dies, daß Gespräche nicht auf Deutschland als Ganzes beschränkt werden können. Würde man sich weigern, über Einzelfragen zu sprechen, dann gäbe man dem Gegner sofort freie Hand, käme also seinen Absichten direkt entgegen. D. h., daß sich die diplomatischen Gespräche, die in Vorbereitung sind, aller Wahrscheinlichkeit nach sehr bald um den Kernpunkt, um *Berlin* drehen werden.

Die Frage ist erhoben worden, warum die Sowjetregierung gerade in dem gegenwärtigen Zeitpunkt ihren Vorstoß unternimmt. Die amtlich angegebene Begründung, daß dies eine im Interesse des Weltfriedens dringend notwendige Vorbeugungsmaßnahme gegen die wachsende Gefahr der westdeutschen Rüstung sei, bedarf kaum der Erwiderung. Denn zwölf deutsche Divisionen, deren Effektivstärke noch längst nicht erreicht ist, sind für sich allein niemals eine Bedrohung (am wenigsten für die Sowjetunion, die allein in ihrer Zone 20 Divisionen unterhalten läßt), zumal dem NATO-Kontingent der Bundesrepublik die Verfügungsgewalt über Atomwaffen entzogen ist.

Andererseits überzeugt auch die Konstruktion eines „Primats der Innenpolitik“ nicht (besonders nicht bei einem System, das ganz von internationalen, von außenpolitischen Aspekten beherrscht wird). Gewiß haben in der Geschichte nicht selten innenpolitische Schwierigkeiten — wir erwähnten solche bereits — einen Drang nach außen erzeugt. Aber das war schon früher nicht die Regel, und nachdem das Kriegsrisiko gewaltig angewachsen ist, kann davon heute noch weniger die Rede sein.

Die Erklärung für das Entstehen der neuen „Berlin-Krise“ liegt wahrscheinlich wesentlich näher. Mit Beharrlichkeit das alte Ziel der „permanenten Revolution“ verfolgend und auf der Linie des geringsten Widerstandes „hart am Rande des Krieges“ operierend, glaubt der Kommunismus offenbar, schwere Rückschläge, die er in Korea und am Kongo erlitt, mit einem Durchbruch in Berlin, an einer vermuteten „weichen“ und dabei überaus wichtigen Stelle, überkompensieren zu können.

Wenn wir es recht bedenken, werden wir zugeben müssen, daß wir selbst zu dieser Theorie des stufenweisen „Heranreifens der Probleme“ zwar unbewußt, doch wesentlich beigetragen haben. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß eine *Geheimdiplomatie* und Kabinettspolitik im Stile des XIX. Jahrhunderts, unterbrochen von gelegentlichen „Indiskretionen“ und begleitet von dem fatalistischen Zweifel an die Macht des Rechts, den Gegner in seiner Überzeugung von dem Recht der Macht so gestärkt hat, daß er nunmehr glaubt, beim Durchschreiten der neuen Etappe nur beschränkten Risiken zu begegnen. Mit ihnen, so lautet die amtliche Spekulation, werde sich die Welt, nach einem kurzen Schock zur Politik des „Appeasement“ zurückkehrend, auch diesmal und in der Zukunft ebenso rasch abfinden wie in der Vergangenheit.

Die geschichtlichen Beispiele, in beiden Richtungen, sollten schrecken. Wenn eine neue Katastrophe verhindert werden soll, dann kann das nur durch unbedingte Offenheit geschehen, die jede Fehlrechnung ausschließt. Dies setzt einen realistischen Plan voraus, der von den Absichten des Angreifers ausgeht.

Welche Absichten die Sowjetregierung in der deutschen Hauptstadt hegt, geht bereits deutlich daraus hervor, daß es für sie kein Berlinproblem, sondern nur ein „Westberlin-Problem“ gibt. Das ist fortschrittliche Politik im räumlichen Sinne. Getreu dem Leninschen Grundsatz, daß man nur vorwärtsschreiten oder zurückgehen, nicht stehenbleiben könne (neue „Geschichte“ S. 302). Also strebt sie vom Status quo weg einem *Status quo plus* zu.

Theoretisch bedeutet das für uns notwendigerweise ein Minus. Es soll dadurch herbeigeführt werden, daß in einer Offensivtaktik zu-

nächst der Rechtsboden umgepflügt wird. Daraus soll sodann Schritt vor Schritt eine ganzheitliche „Hauptstadt der DDR“ erwachsen, die sich heute noch — auch das bildet bereits eine Aushöhlung der Verträge — auf den Ostsektor beschränkt. Dadurch würde das Tor zur Freiheit endgültig geschlossen und der Eiserne Vorhang nach Beseitigung ihres Vorpostens 170 km westwärts verlegt. „Geopolitisch“ erscheinen diese Pläne eng begrenzt, doch kann kein Zweifel sein, daß ihre Verwirklichung Folgen zeitigen würde, die über das Weichbild der Stadt hinausgingen und die in ihrer Tragweite gar nicht überschätzt werden können.

Deshalb muß man wissen, wie weit man in dem Bemühen, einen wirklichen Ausgleich zu finden, entgegenkommen kann, welche Zugeständnisse man machen darf. Nach einem Anknüpfungspunkt für Gespräche braucht man nicht lange zu suchen, denn die Lage ist „anomal“ genug. Auch im Grunde kann man mit der Sowjetregierung übereinstimmen, wenn sie behauptet, daß dies an den „Überresten des zweiten Weltkrieges“ liege. In der Tat: Beständen solche nicht, dann wäre Deutschland 16 Jahre nach Kriegsschluß schon vereinigt, dann gäbe es kein „Berlin-Problem“ und dann erübrigte sich auch eine „Konföderation der beiden deutschen Staaten“, deren einziger Zweck es ist, die Wiedervereinigung bis zum „Tag X“ hinauszuschieben. Aber indem wir das feststellen, geben wir bereits zu erkennen, daß wir dem Begriff der „Kriegsüberreste“ einen anderen Sinn geben, als es die Sowjetunion tut.

Um es ganz deutlich zu machen: Wir sehen das Reaktionäre, das geistig-politisch Rückständige, nicht in den Buchstaben des gesetzten Rechts, besonders nicht in der Benennung „Besatzungsstatut“ — das nach dem Willen der Westberliner längst den gegenteiligen Charakter eines Schutzstatuts angenommen hat. Der Übelstand, den es zu beseitigen gilt, liegt in der Tatsache, daß den Völkern in Osteuropa (aber auch anderswo) noch immer die Möglichkeit genommen ist, über die von der Militärmacht eingesetzten Regierungen in freier Selbstbestimmung entscheiden zu können. Hierin, in diesem ebenso expansiven wie zugegebenermaßen explosiven Zustand dauernder Rechtlosigkeit liegt die wirkliche Bedrohung des Weltfriedens. Also kommt es auch weniger auf den Abschluß eines förmlichen Friedensvertrages an, der diese Mißstände nur justifizieren würde, vielmehr muß an ihre tatsächliche Beseitigung herangegangen werden.

In Berlin könnte das, wenn man davon ausgeht, daß die Wiedervereinigung unseres Landes gegenwärtig nicht zu haben ist, auf zweierlei Weise geschehen. Als das Nächstliegende und Vernünftigste erscheint die Wiedervereinigung der Metropolis als Vorstufe des geeinten Vaterlandes. Aufs Ganze gesehen, bedeutete das eine Drei-

teilung bzw. unter Berücksichtigung der Ostgebiete sogar eine Viertelung Deutschlands. Es ist klar, daß eine solche „Lösung“, d. h. die Loslösung eines weiteren Teiles im Wege der Internationalisierung, mag man einem solchen Gebilde nun den Namen „*Freie Stadt Groß-Berlin*“ geben oder nicht, nur unter ganz bestimmten Bedingungen annehmbar wäre. Eine Ägide der Vereinten Nationen käme jedenfalls nicht mehr in Betracht; denn man spricht kein Geheimnis aus, wenn man feststellt, daß diese sehr wichtige und unentbehrliche Weltorganisation (die sowjetischen „Reformpläne“ beweisen es besser als alles andere) nicht die Kraft hat, im Ost-West-Konflikt zu entscheiden. Auch könnte eine Garantie der NATO und der Staaten des Warschauer Paktes nur dann als ausreichend erachtet werden, wenn sich ein *Modus procedendi* mit bestimmten Terminen für die Wiedervereinigung finden und festlegen ließe. Dann und nur dann könnte auch eine offizielle Anerkennung der DDR erwogen werden, die insofern ihren guten Willen bewiesen hätte, als einer Million Ostberlinern, dem restlichen Drittel der Bevölkerung, die Freiheit zurückgegeben würde.

Eine zweite Möglichkeit wäre die Internationalisierung der Verbindungswege, die Schaffung eines „*Korridors*“ zwischen der Bundesrepublik und Westberlin, mit der es rechtlich, wirtschaftlich und geistig verbunden ist. Da wir von der Geschichte herkommen, stellt sich sofort die Assoziation „*Polnischer Korridor*“ ein. Diese Regelung eines doppelten volkswirtschaftlichen und staatlichen Verkehrskreuzes durch den Versailler Vertrag war gewiß keine diplomatische Meisterleistung. Und doch: Vermöchten wir heute, nach den schlimmen Erfahrungen, die die Welt durch eine verantwortungslose Ausnutzung dieses politischen Defektes gemacht hat, das „Rad der Geschichte“ zurückzudrehen, so ist kaum zweifelhaft, daß man sich auch über dieses schwierige Problem in irgendeiner Weise (Freihäfen für die polnischen Seeverbindungen und Exterritorialität für den deutschen Landverkehr) einigen würde. Um so leichter müßte sich eine ähnliche Regelung für den Berlinverkehr treffen lassen, der einwandfrei und ausschließlich über deutsches Gebiet führt (worüber die künstliche ideologische Konstruktion einer „souveränen DDR“, zu der das Notwendige bereits gesagt wurde, nicht hinwegtäuschen kann).

Realpolitisch und rechtlich verstehen sich diese beiden, von verschiedenen Seiten wiederholt vorgetragenen „*Interimslösungen*“ — andere sind nicht erkennbar — beinahe von selbst. Da sie in keiner Weise berechnete Interessen der Sowjetunion verletzen, würde sie durch ihre Ablehnung (die bereits angekündigt ist) ihre moralische Stellung in den Augen der Welt erheblich schwächen, während die des Westens entsprechend gewänne. Auch aus diesem Grunde sollte

an den genannten Plänen festgehalten werden, die als Not- und Zwischenlösungen ohne weiteres die Zustimmung des Volkes fänden.

Damit ist ein neues Stichwort gefallen: das *Selbstbestimmungsrecht der Nationen*. In der Charta der Vereinten Nationen verankert, wird es auch von der Sowjetunion als Mitgliedstaat anerkannt, jedoch — und das wird regelmäßig übersehen — vorbehaltlich eigener Auslegung. Freie Wahlen, die höchste Ausdrucksform dieses Rechtes, haben für sie außerhalb der ehemaligen Kolonialgebiete nur in den Ländern Geltung, in denen sie auf parlamentarischem Wege (über „Bündnisse mit der Bauernschaft, der Intelligenz und dem nationalen Bürgertum“) zur Macht strebt. Ist sie erreicht, so wird das Selbstbestimmungsrecht dem „Klassenkampf des Proletariats für den Sozialismus“ untergeordnet; d. h., es ist dann praktisch aufgehoben („Resolution zur nationalen Frage“ in: alte „Geschichte“ S. 229 f.; vgl. neue „Geschichte“ S. 278).

Neben diesem Doppelbegriff kennt der Kommunismus noch zahlreiche Sonderselbstbestimmungsrechte, beispielsweise für Deutschland. „Die Selbstbestimmung der Völker“, so wird es in einem Schreiben des sowjetischen Regierungschefs an den Bundeskanzler formuliert (ADN, 3. Februar 1960), „bedeutet, daß die Völker einer Nation oder eines Staates selbst ihre Geschicke und die Geschicke ihres Staates bestimmen.“ Der Kommentar zu dieser Definition, dessen es gar nicht bedurft hätte, mündet in die allgemeine Argumentierung: Es gibt zwei deutsche Völker in zwei deutschen Staaten, die für sich nach eigenen Gesetzen Wahlen durchführen. Also ist das Selbstbestimmungsrecht für die Deutschen schon verwirklicht — bei Aufrechterhaltung der Teilung. Was zu beweisen war. Für die Westberliner besteht das Sonderselbstbestimmungsrecht, das ihnen die Sowjetregierung gewähren möchte, darin, „ihre kapitalistische Gesellschaftsordnung aufrechtzuerhalten, da sie für den Sozialismus offenbar noch nicht reif sind“.

Wenn wir heute unser Selbstbestimmungsrecht „einklagen“, so sollten wir nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß wir es anders, nämlich so meinen, wie es in der gesamten freien Welt allgemein und unzweideutig aufgefaßt wird. Davon abgesehen, weckt diese prozessualistische Auffassung der Dinge auch noch Bedenken anderer Art. Im Streitverfahren des privaten wie auch des öffentlichen Rechts liegt das Schwergewicht auf der Exekution. Welches Gericht der Welt aber könnte uns heute einen „vollstreckbaren Titel“ für unseren Rechtsanspruch ausfertigen? Keines. Deshalb dürfen wir uns mit solchen juristischen Erklärungen nicht begnügen. Auch Aufklärungsaktionen, so wichtig sie sind, reichen nicht aus. Um die *Initiative* zurückzugewinnen, müssen wir handeln.

Da die Sowjetunion ihre Pläne noch im Jahre 1961 „so oder so“ durchführen will (ADN 22. Oktober 1960), sollte alsbald im Feststellungsverfahren vor einem internationalen Gericht oder der UNO geklärt werden, daß eine einseitige offizielle Aufhebung des Berlinstatuts durch die UdSSR (de facto wird es von ihr seit langem, was Ostberlin betrifft, als außer Kraft befindlich behandelt) die Rechte der Westmächte und auch der Bürger nicht beeinträchtigen kann. Denn nach einem alten international anerkannten Grundsatz der Jurisprudenz kann niemand mehr Recht übertragen als er selbst besitzt, geschweige persönliches Recht. In diesem Zusammenhang wäre die Unterfrage zu prüfen, ob die Vertragsvollmachten, deren sich die Sowjetregierung zu entledigen wünscht, nicht automatisch an die übrigen Partner, an die Westmächte zurückfallen. Zuletzt, aber nicht als Letztes, sollte zur Abwendung einer Verdunkelungsgefahr durch höchsttrichterlichen Spruch proklamiert werden, daß der Bruch des bestehenden Rechts in Berlin eine *Agression* darstellt. Dadurch wären die Verantwortlichkeiten in der Welt nach beiden Seiten hin ein für allemal abgesteckt.

Die Eigenverantwortung der Politik im ganzen Ausmaß würde dadurch allerdings um nichts geringer. Deshalb sollte vor allem, und dazu ist es im Augenblick noch nicht zu spät, gegen den Abschluß eines Separatfriedens der UdSSR mit der „DDR“ (eine Art Rechtsgeschäft, das im zivilen Verkehr gem. §§ 117, 118 BGB nichtig wäre) mit geeigneten Mitteln vorgebaut werden.

Als Prätext für das geplante Vorgehen bedient sich die Sowjetregierung eines geschichtlichen Vorganges, des Friedensvertrages von San Francisco zwischen den USA und Japan im Jahre 1951. Aber da besteht doch ein wesentlicher Unterschied. Denn die Amerikaner schlossen mit einer aus freien Wahlen hervorgegangenen rechtmäßigen japanischen Regierung einen wirklichen Frieden. Er bewirkte eine wahrhaftige „Beseitigung der Kriegsreste“ (während der Kommunismus solche in Korea zur selben Zeit von neuem aufhäufte). Von dieser Friedensregelung, die beinahe ein halbes Hundert weiterer Staaten guthieß und unterschrieb, schloß sich die Sowjetregierung von selbst aus, weil sie sich nicht zu einem Beitrag für die Verbesserung und Sicherung des Lebens in einem besiegten Lande entschließen konnte, das die zwanzigfache Bevölkerungsdichte ihres eigenen Landes aufweist.

Wie in Deutschland, und insofern stimmt der Vergleich, wollte sich die Sowjetunion auch in Japan nicht von dem Recht des Eroberers trennen. Dabei spricht ihre Dialektik für sich. Während sie die militärischen Aktionen der Westmächte im ganzen und in Mitteldeutschland im besonderen als nicht ausschlaggebend ansieht und, mit einer

Ausnahme, bagatellisiert, beansprucht sie den raschen Sieg über Japan als ihr eigenstes Verdienst (neue „Geschichte“ S. 750), obschon die einfachen Daten für das Gegenteil sprechen (6. August: Abwurf der ersten Atombombe über Hiroshima — 8. August: Kriegserklärung der Sowjetunion an Japan — 9. August: Abwurf der zweiten Atombombe über Nagasaki — 15. August: Kapitulation des Kaiserreichs).

Wenn wir die Geschichte in dieser Weise strapazieren, so soll damit nur noch einmal in aller Deutlichkeit gesagt sein, daß es angesichts dieser Taktiken eben nicht genügt, die öffentliche Meinung zu mobilisieren und ansonsten die Forderung nach Selbstbestimmung laufend zu wiederholen. Überhaupt erscheinen uns Demonstrationen nicht als das geeignete Medium. Wir denken in diesem Zusammenhang (neben der unaktuellen Erklärung Westberlins zum 11. Bundesland und der unwahrscheinlichen Wahl der Stadt zum Sitz der UNO) vor allem an zwei vielbesprochene Vorschläge. Erstens an die *Aufnahme diplomatischer Beziehungen* zu einzelnen Ostblockstaaten. Für sie sind heute und wahrscheinlich auf lange Zeit keine Voraussetzungen vorhanden. Da von ihrer Seite immer wieder ein förmlicher Verzicht auf die deutschen Ostgebiete zur Bedingung gemacht wird, würde eine solche Aktion einseitig zu unseren Lasten gehen, ohne daß eine wirkliche Entspannung erreicht würde, die so lange nicht zu erwarten ist, solange sie sich an dem Streben nach Weltherrschaft beteiligen.

Das zweite Programm, das zu erwähnen bleibt, ist eine etwaige *Friedenskonferenz* aller oder auch nur der westlichen am Kriege gegen das „Dritte Reich“ beteiligten Mächte. In Verbindung mit diesem Vorschlag wird nicht selten der Vorwurf erhoben, daß es unsere Verbündeten, mit denen wir seit langem in einem echten Friedenszustand leben, unterlassen hätten, einen eigenen Entwurf zum Zwecke der Dokumentation und Verhandlung aufzustellen.

Das ist richtig. Aber sie haben — und das genügt bei gutem Willen auf der anderen Seite vollauf — die unabdingbare Grundforderung (zuletzt im Genfer Stufenplan) immer wieder klar herausgestellt: Abschluß eines Friedensvertrages mit einer aus freien gesamtdeutschen Wahlen hervorgegangenen Regierung (wobei die strittige Grenzfrage als nicht primär richtigerweise vorerst zurückgestellt wurde). Dies wäre eine Lösung von Dauer.

Gerade daran aber kann der Sowjetregierung im Interesse ihrer dynamischen Politik nicht gelegen sein. Deshalb hat sie auch auf der Genfer Außenministerkonferenz im Jahre 1959 dem deutschen Volke das Recht der Selbstbestimmung verweigert. Und deshalb wird sie auch mit allen Mitteln zu verhindern versuchen, daß auf einer Superaußenministerkonferenz (wie auch vor jedem anderen nichtkommu-

nistischen internationalen Gremium) eine Abstimmung über einen westlichen Friedensplan stattfindet, wobei das Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz einige Fingerzeige für ihr mögliches Vorgehen bieten dürfte. Da die Sowjetregierung überdies erklärt hat, „nicht endlos verhandeln“ zu wollen, könnte der westliche Vorschlag leicht zum Vorwand für eine beschleunigte Durchführung der östlichen Absichten werden.

So würden wir wahrscheinlich nicht weiterkommen, zumal eine solche trotz ihres Umfanges doch nur partiale Versammlung wohl nicht als autoritativ genug erachtet würde, um ein politisches Urteil auszusprechen. Aber etwas ließe sich vielleicht machen: Indem man die kommunistischen Regierungen, die öfters Voten über eine „totale“ Abrüstung gefordert haben, beim Wort nähme, könnte ihr eigener „totaler“ Friedensplan samt Westberlinannex in beiden Teilen Deutschlands zur Abstimmung gestellt werden, und zwar unter internationaler Kontrolle. Die Antwort auf einen entsprechenden Vorschlag wäre immerhin interessant. Sollte sie negativ ausfallen, was mit einer an Gewißheit grenzenden Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, dann müßte ein solches Plebiszit unbedingt in Westberlin durchgeführt werden. Am Ablauf der Dinge würde allerdings auch eine sicher ganz eindeutige Stellungnahme des Volkes, darüber geben wir uns keiner Täuschung hin, kaum etwas ändern.

Deshalb bleibt, um den kommunistischen „Reifeprozess“ endgültig zu unterbinden, nur eines: daß der Westen reale *Vorkehrungen* trifft und sie auch — das ist gleich bedeutsam, wie schon begründet — in aller Offenheit, wenigstens in den Grundzügen, ankündigt. Nur wenn die politischen „Perspektivpläne“ des Kommunismus der ganzen Welt sichtbar so belastet werden, daß sich die Erfolgsbilanz unzweifelhaft passiv gestaltet, kann damit gerechnet werden, daß weitere gewagte Engagements unterbleiben.

Da sie eine Gefahr für den Weltfrieden bilden, rückt die militärische Abwehr automatisch in den Vordergrund. Ist unsere weltpolitische Analyse richtig, so rangiert sie jedoch erst in zweiter Linie. In erster Linie kommt es, wie bei allen derartigen Plänen „auf Sicht“, auf die moralischen und wirtschaftlichen Kräfte an. Gegen sie richtet sich auch der Hauptangriff des Gegners, besonders in Berlin. Tatsächlich kann kein Zweifel bestehen, daß eine Drosselung der Wirtschaft, die zweifellos eingeplant ist, größte Schwierigkeiten bereiten würde.

Gegen einen solchen Fall bieten uns heute die Ostblockstaaten „neue Garantien“ an. Aber welches Vertrauen kann man ihnen entgegenbringen, wenn im gleichen Augenblick die alten *realen Garantien*, die unter anderen auch die feierlich gegebene Unterschrift der

Sowjetregierung tragen, durch einen willkürlichen Sonderfrieden mit einem Federstrich beseitigt werden? Und was vermag die inmitten der deutschen Hauptstadt errichtete Kyklopenmauer anders zu symbolisieren als eine ständige akute Bedrohung der Freiheit und des menschlichen Verkehrs? Es ist keine Frage, daß dadurch auch dem Handel jede, vor allem auch jede moralische Grundlage entzogen ist.

Deshalb sollte, und das ist wohl die am schwersten wiegende, aber auch die wirksamste Gegenmaßnahme, die wir vorschlagen, bei Abschluß des angedrohten Separierungsfriedens der Osthandel, zumindest aber der Zonenhandel, nötigenfalls bei Erzwingung des international garantierten Verkehrs von und nach Berlin (zweckmäßig unter Einschaltung von UNO-Beobachtern), abermals sofort aufgekündigt werden. Ausgenommen davon sollten nach Möglichkeit nur die Lebensmittellieferungen für die Bevölkerung der Sowjetzone sein.

Würden sich die Westmächte darin einig, so wäre das der überzeugendste Beweis für ihre Entschlossenheit. Das wäre endlich ein realistischer „*New Look*“. Er würde — und darüber darf es diesmal keinen Zweifel geben — das Ende einer Politik der „Koexistenz“ herbeiführen, die in kennzeichnenden Intervallen (Ostberlin — Budapest — Westberlin) zu dem erklärten Ziele der Weltherrschaft führen soll. Wann und wo, wenn nicht jetzt und an dieser Front, soll jenem Drange Halt geboten werden?

Wir wissen, und die Kommunisten wissen es genausogut, daß solche heute notwendige und morgen unumgängliche Entschlüsse in einer freien Gesellschaft schwer zu fassen sind. Aber sie wiegen leicht im Vergleich zu dem, was zu erwarten wäre, wenn sie unterblieben. Von den vielen Problemen, die dann auf uns zukommen würden, sei an dieser Stelle nur noch eine naheliegende Frage von zugleich grundsätzlicher Bedeutung angeschnitten, die mit dem Übergange der Kontrollfunktionen von der Sowjetarmee auf die Sowjetzonenarmee zusammenhängt. Für sich und als Eventualfall betrachtet, würde dadurch politisch nicht viel geändert. Denn trotz gewisser äußerer Unterschiede repräsentieren beide die gleiche Souveränität. Die Sowjetzonenregierung träte also lediglich als „Agent“ in Erscheinung, wie der ehemalige amerikanische Außenminister John Foster Dulles die Situation juristisch und politisch ebenso zutreffend wie eindeutig kennzeichnete.

Bedenken, die bei uns noch heute gegen seine Auffassung geltend gemacht werden, sind insofern gegenstandslos, als durch seine These die *De-jure-Anerkennung* der DDR, der Befürchtung entgegen, gerade umgangen wird. Da das ursprüngliche Vertragsverhältnis als weiterhin intakt befindlich betrachtet wird, bedarf es auch keiner Verhandlungen mit der „DDR“. Technische Routinekontakte, sofern sie nötig

werden sollten, bedeuten keine Anerkennung, die sich zudem auch — und das sollte bei jeder Gelegenheit als Ausdruck einer realistischen Politik geschehen — *expressis verbis* verhindern ließe. Daß die Sowjetzonenregierung aus der Tatsache der Stempelung der Ausweispapiere eine *De-facto-Anerkennung* ablesen könnte, erscheint nebensächlich (zumal sie die gleiche Schlußfolgerung auch schon aus ihrer Zugehörigkeit zu gewissen internationalen Körperschaften, beispielsweise der WHO, der Weltgesundheitsorganisation, gezogen hat).

Wichtig ist, auch das bekräftigt die genannte These, daß die Sowjetregierung aus der Verantwortung für die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit sowie für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens nicht entlassen wird. Und wenn sie selbst zwischen *Berlin* und der *Abrüstung*, die nur über eine *Entspannung* zu erreichen ist, ein Junktim herzustellen wünscht, so verdient diese ihre Absicht jede Unterstützung. Gerade in dieser Weltstadt. Hier ist Rhodos.